

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

31.12.2009

Ausschussbetreuender Fachbereich

Zentraler Dienst 6-10

Schriftführung

Friedhelm Assmann

Telefon-Nr.

02202-141428

Niederschrift

Planungsausschuss

Sitzung am Donnerstag, 10.12.2009

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:10 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Verpflichtung sachkundiger Bürger**
0463/2009
- 3 Bestellung des Schriftführers und seiner Stellvertreterin**
0457/2009
- 4 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 5 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Planungsausschusses am 09.09.2009**
0464/2009

- 6 **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

- 7 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 8 **II. Nachtragssatzung zur Satzung zur Regelung des Verfahrens zur Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung nach § 3 Abs. 1 BauGB**
0507/2009

- 9 **Bebauungsplan Nr. 1431 - Kempener Straße Paffrath -
- Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung**
0465/2009

- 10 **Bebauungsplan Nr. 52a und 52b - Schloßstraße -
- Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung**
0468/2009

- 11 **Ergänzungssatzung Nr. 5513 - Neuenhaus II -
- Beschluss zur Aufstellung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung**
0469/2009

- 12 **Bebauungsplan Nr. 5537/1 - Technologiepark, Teil 1 - 1. Vereinfachte Änderung
- Beschluss zur Aufstellung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung**
0470/2009

- 13 **Bebauungsplan Nr. 6454 - Buchenallee -
- Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**
0471/2009

- 14 **Bebauungsplan Nr. 121 - Alt Frankenforst - 3. Vereinfachte Änderung
- Beschluss der Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung**
0472/2009

- 15 **Antrag von Herrn Bilstein, das Flurstück Nr. 2534, Flur 2, Gemarkung Combüchen,
über eine Satzung nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB (Ergänzungssatzung) in den
Bebauungszusammenhang einzubeziehen**
0473/2009

- 16 **Anregung von Anliegern der Straße Neuenhaus, die Klarstellungs- und
Ergänzungssatzung Nr. 5512 - Neuenhaus - unverändert beizubehalten**
0474/2009

- 17 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Sprenger, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung und die Beschlussfähigkeit des Planungsausschusses fest.

Auf Vorschlag von Herrn Sprenger einigt sich der Ausschuss dahingehend, die TOP 11 und 16 (Neuenhaus) gemeinsam zu diskutieren.

2. Verpflichtung sachkundiger Bürger *0463/2009*

Unter Verlesung des Verpflichtungstextes werden die sachkundigen Bürger/-innen Frau Julia Neuheuser-Königs (KIDinitiative) und Herr Rainer Dlugosch (DIE LINKE. (mit BfBB)) vom Ausschussvorsitzenden in ihr Amt eingeführt.

3. Bestellung des Schriftführers und seiner Stellvertreterin *0457/2009*

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Zum Schriftführer des Planungsausschusses wird Herr Stadtamtmann Friedhelm Assmann bestellt.

Im Falle der Verhinderung nimmt die Verwaltungsangestellte Frau Hiltrud Brenner die Aufgaben des Schriftführers wahr.

4. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Herr Dlugosch teilt mit, dass er sich der Stimme enthalten müsse, da er die Niederschrift nicht kenne.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden

Beschluss: (einstimmig bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB))

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Planungsausschusses am 09.09.2009**
0464/2009

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

6. **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

Herr Sprenger verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, dass der Planungsausschuss in dieser neuen Zusammensetzung vertrauens- und respektvoll miteinander umgeht und konstruktiv zusammenarbeitet.

7. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Frau Sprenger berichtet über den Sachstand zum Bauvorhaben an der Parkstraße in Frankenforst. Sie stellt die neue Planung des Investors vor und hält als Fazit fest, dass die Baumreihe entlang der Bahntrasse nunmehr erhalten bleibe. Die entsprechenden positiven Vorbescheide wurden bereits erteilt; Bauanträge lägen allerdings noch nicht vor.

Herr Schmickler berichtet von einer Akteursveranstaltung der Regionale 2010 vom 08.12.2009, bei der über den weiteren Umgang mit den geplanten Projekten unter Berücksichtigung der Haushaltssituation diskutiert wurde. Er hebt die Bedeutung der Regionale als Wirtschaftsförderungsinstrument hervor und bekräftigt nochmals ausdrücklich die Notwendigkeit der Veränderungen an besonders kritischen Stellen der Innenstadt.

Herr Schmickler macht deutlich, dass alle Beteiligten bestrebt seien, die Projekte in reduzierter Form weiter voranzutreiben. Alle Maßnahmen werden zukünftig einer Prüfung anhand eines 7 Punkte umfassenden Kriterienkataloges unterzogen, wobei Prioritäten festzulegen und Standards zu hinterfragen sind. Bei der Festlegung der Prioritäten müsse man unterscheiden zwischen dem Pflichtprogramm (Belag Fußgängerzone, Hochwasserschutz und Bahnhofsumfeld) und den übrigen Maßnahmen. Man müsse sich auf den Kern des Projektes konzentrieren und insbesondere diejenigen Maßnahmen verschieben, die Folgekosten nach sich ziehen und/oder nicht gefördert werden. Des Weiteren müsse verstärkt versucht werden, einzelne Maßnahmen (Kulturbereich, Parkflächen) durch privates Engagement zu verwirklichen. Ziel bleibt entsprechend dem Grundgedanken der Regionale die Schaffung einer einheitlichen Innenstadt ohne Standortnachteile.

Herr Mömkes macht deutlich, dass auch die CDU Fraktion weiterhin hinter dem Regionale-Projekt stehe, aber auch die Notwendigkeit sehe, die Pläne in Bezug auf deren finanzielle Realisierbarkeit zu überprüfen.

Herr Waldschmidt begrüßt ebenfalls die Absicht, die Projekte (in abgespeckter Form) weiter zu betreiben, wundert sich aber, dass der Bürgermeister in Presseerklärungen den Eindruck erweckt habe, dass das Regionale-Projekt aufgrund finanzieller Zwänge beendet werden müsse bzw. die Verwirklichung des Grundgedankens der Regionale gefährdet sei.

Herr Schmickler widerspricht dieser Vermutung und bekräftigt die einheitliche Linie der Verwaltungsspitze und der Regionale-Agentur.

Herr Metten, Herr Dr. Baeumle-Courth und auch Frau Graner sprechen sich übereinstimmend für die Fortführung des Regionale-Projektes aus. Man ist sich einig, dass unter Beibehaltung der Grundideen der Wettbewerbe und einer gleichberechtigten Behandlung beider Teile der Fußgängerzone sinnvolle Kompromisse gefunden und Geldverschwendungen vermieden werden müssen.

8. **II. Nachtragssatzung zur Satzung zur Regelung des Verfahrens zur Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung nach § 3 Abs. 1 BauGB**
0507/2009

Herr Steinbüchel regt an, bei zukünftigen Offenlagen auch die Möglichkeiten des Internets zu nutzen.

Herr Dlugosch bittet um Prüfung, inwieweit in § 2 (3) der Satzung eventuell ein redaktioneller Fehler enthalten sei („... keine Anwendung“?!).

Vorbehaltlich der Prüfung und eventuellen Berichtigung dieses Passus fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Planungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, die II. Nachtragssatzung zur Satzung zur Regelung des Verfahrens zur Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung nach § 3 Abs.1 BauGB zu beschließen.

Anmerkung zum Beschlussvorbehalt:

Der in § 2 Abs. 3 der Satz ist in der abgedruckten Formulierung korrekt. In § 2 Abs. 1 sind Verfahren aufgeführt, für die die in der Satzung geregelten Vorschriften für die Öffentlichkeitsbeteiligung nicht gelten. Trotzdem kann in diesen Verfahren im Einzelfall eine Öffentlichkeitsbeteiligung stattfinden, für deren Ausformung jedoch keine Vorschriften bestehen. Die Regelungen der §§ 3 bis 6 der Satzung finden dann folglich keine Anwendung.

9. **Bebauungsplan Nr. 1431 - Kempener Straße Paffrath -
- Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung**
0465/2009

Frau Graner begrüßt die vorgesehene Parkplatzbegrünung und den Schallschutz ausdrücklich.

Auf Anfrage von Herrn Dlugosch macht Herr Schmickler deutlich, dass die Reduzierung der Anzahl der Stellplätze baurechtlich unbedenklich sei.

Herr Dr. Baeumle-Courth kritisiert, dass man mit dem Beschlussvorschlag den Wünschen eines einzelnen Interessenten folge. Er wiederholt seine Ablehnung des Marktes an der vorgesehenen Stelle aufgrund dessen Unverträglichkeit mit den Zentren Paffrath und Schildgen und der nicht akzeptablen Zunahme des Kfz-Verkehrs.

Herr Metten entgegnet, dass die Meinungsfindung nach objektiven Kriterien stattgefunden habe und nicht in erster Linie Einzelinteressen gefolgt wurde.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Gem. § 3 Abs. 2 BauGB ist der Bebauungsplan Nr. 1431 – Kempener Straße Paffrath – mit seiner Begründung und den bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

**10. Bebauungsplan Nr. 52a und 52b - Schloßstraße -
- Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
0468/2009**

Herr Dr. Baeumle-Courth und auch Herr Metten fordern unverzügliche Informationen über etwaige Bauwünsche, sobald diese bei der Verwaltung eingehen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die aufzuhebenden Bebauungspläne Nr. 52a und Nr. 52b – Schloßstraße – sind unter Beifügung der Begründung und den bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Der Ausschuss ist sich einig, die Punkte 11 und 16 gemeinsam zu behandeln.

**11. Ergänzungssatzung Nr. 5513 - Neuenhaus II -
- Beschluss zur Aufstellung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
0469/2009**

Herr Neu teilt mit, dass die SPD Fraktion der Ergänzungssatzung zustimmen werde, da die Abrundungskriterien hier gegeben seien.

Im Hinblick auf die ausstehende Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes und die ebenfalls noch ausstehenden Ergebnisse des Stadtentwicklungskonzepts sieht sich die CDU Fraktion nach Auffassung von Herrn Metten nicht in der Lage, den Beschlussvorschlägen heute zuzustimmen.

Auch Frau Graner plädiert für eine Ablehnung dieses Baugesuchs im Außenbereich.

Herr Dr. Baeumle-Courth teilt mit, dass sich die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN der Stimme enthalten werde. Die Notwendigkeit für eine Abrundung sei nicht unbedingt gegeben, zumal sich ein Großteil der Neuenhauser Bevölkerung dagegen ausgesprochen habe.

Sodann fasst der Ausschuss folgende

Beschlüsse: (mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB)

Die Aufstellung und Auslegung der Ergänzungssatzung Nr. 5513 – Neuenhaus II – wird abgelehnt.

12. **Bebauungsplan Nr. 5537/1 - Technologiepark, Teil 1 - 1. Vereinfachte Änderung**
- Beschluss zur Aufstellung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
0470/2009

Auf Antrag von Herrn Mömkes ist sich der Ausschuss einig, diesen Punkt im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu diskutieren.

13. **Bebauungsplan Nr. 6454 - Buchenallee -**
- Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
0471/2009

Die Architekten Klapproth (Senior und Junior) kritisieren die ihrer Ansicht nach polemische Presseberichterstattung und erläutern ausführlich ihre Vorentwürfe anhand von Plänen.

Herr Steinbüchel hält die Planung für nicht an die Örtlichkeit angepasst.

Auch Frau Neuheuser-Königs, Herr Neu, Frau Graner, Herr Dlugosch und Herr Metten sind der Auffassung, dass die Planung der Örtlichkeit nicht gerecht wird und lehnen die vorgeschlagene Bebauung im Hinblick auf Ausführung, Größe und Charakter übereinstimmend ab.

Herr Kraus und auch Frau Schmidt-Bolzmann schlagen vor, die Planung unter Berücksichtigung der Vorgaben des bestehenden Bebauungsplanes Nr. 121 zu entwickeln.

Alle Fraktionen signalisieren daraufhin ihre grundsätzliche Zustimmung zu einer Bebauung, die die Möglichkeiten des bestehenden Bebauungsplanes ausnutzt, der Denkmalschutzsatzung entspricht und sich harmonisch in die Umgebung (Villencharakter) einfügt.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die vorgestellte Planung wird abgelehnt.

Ein Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung erübrigt sich damit.

**14. Bebauungsplan Nr. 121 - Alt Frankenforst - 3. Vereinfachte Änderung
- Beschluss der Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung
0472/2009**

Der Ausschuss fasst folgende

Beschlüsse: (einstimmig)

- I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 121 – Alt-Frankenforst – 3. vereinfachte Änderung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen des Einwenders T 1 Rheinisch-Bergischer Kreis wird nicht entsprochen.
- II. Der Bebauungsplan Nr. 121 – Alt-Frankenforst – 3. vereinfachte Änderung wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung NW als Satzung beschlossen und die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB dazu.

**15. Antrag von Herrn Bilstein, das Flurstück Nr. 2534, Flur 2, Gemarkung Combüchen, über eine Satzung nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB (Ergänzungssatzung) in den Bebauungszusammenhang einzubeziehen
0473/2009**

Auf Anfrage von Herrn Metten erklärt Herr Schmickler, man habe gegenüber dem Bauwilligen lediglich die zurzeit geltende Rechtsgrundlage (FNP) zitiert.

Herr Steinbüchel teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Außenbereichsbebauung ablehne.

Auch Herr Neu verweigert seine Zustimmung, da keine neuen Erkenntnisse vorliegen, die eine Änderung der 1998 beschlossenen Klarstellungs- und Abrundungssatzung rechtfertigen.

Um der Zersiedelung entgegen zu wirken, spricht sich auch Frau Neuheuser-Königs gegen den Antrag aus.

Herr Metten macht deutlich, dass auch die CDU Fraktion den Vorschlag heute ablehnt. Er schlägt vor, den Punkt nach der Überarbeitung des Flächennutzungsplanes und Vorliegen des Stadtentwicklungskonzeptes bzw. der Baulandpotentialanalyse erneut zu diskutieren.

Herr Dr. Baeumle-Courth ist verwundert, dass das Anliegen des Herrn Bilstein nicht als Antrag gem. § 24 GO gewertet und im Ausschuss für Anregungen und Bedenken behandelt wurde. Herr Schmickler weist darauf hin, dass die Verwaltung seit jeher nach Eingang schriftlicher Anträge zu entscheiden habe, ob es sich um formelle Anträge nach § 24 GO handle oder um direkt an die Planungsbehörde gerichtete Anträge. Dabei orientiere man sich streng am jeweiligen Antragstext.

Herr Waldschmidt ist der Auffassung, dass jegliche Anträge – unabhängig von deren Bezeichnung – als Bürgeranträge gem. § 24 GO zu werten und somit im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden zu behandeln sind.

Herr Schmickler regt an, über den zukünftigen Umgang mit Bürgeranträgen im Ältestenrat zu diskutieren, falls man mit der derzeitigen Verfahrensweise nicht einverstanden sei.

Sodann fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss: (einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. (mit BfBB))

Dem Antrag wird nicht entsprochen; auf ein Verfahren zur Einleitung eines Bauleitplan- oder Satzungsverfahrens wird verzichtet.

16. Anregung von Anliegern der Straße Neuenhaus, die Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 5512 - Neuenhaus - unverändert beizubehalten
0474/2009

Es wird verwiesen auf die Diskussion und Abstimmung zu TOP 11.
Entsprechend der dortigen Beschlussfassung wurde der Anregung der Anlieger der Straße Neuenhaus auf Beibehaltung der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung gefolgt.

17. Anfragen der Ausschussmitglieder

Auf Anfrage von Herrn Mömkes sagt Frau Müller-Veit zu, der Niederschrift eine Darstellung aller denkmalgeschützten Gebäude im Bereich Herrenstrunden beizufügen.

Herr Metten bittet um eine Aufstellung der Kosten für bereits erteilte Planungsaufträge für die verschiedenen Projekte der Regionale 2010. Herr Schmickler sagt zu, der Niederschrift eine solche Kostenaufstellung beizufügen.

Auf eine weitere Anfrage von Herrn Metten zum Sachstand Gebäudenutzung ehemalige Schule Falltorstraße/Eichelstraße berichtet Herr Schmickler, dass derzeit noch keine Entscheidung für einen Erwerber gefallen und daher nicht absehbar sei, ob die vorgesehene Nutzung als Altenpflegeeinrichtung verwirklicht bzw. eine Umplanung erforderlich werde. Vorausschauend sei bereits jetzt absehbar, dass im Falle einer Wohnbebauung des ehemaligen Schulgrundstücks, diese aufgrund der Verkehrssituation nicht unter voller Ausnutzung der Festsetzungen des derzeitigen Bebauungsplanes vollzogen werden könne.

Auf Anfrage von Herrn Wagner nimmt Herr Schmickler Stellung zur Entwicklung der verschiedenen Objekte in der Bensberger Innenstadt. Er teilt mit, dass die Gespräche über die Zukunft des ehemaligen Löwencenters laufen, aber noch nicht über einen Abschluss berichtet werden könne. Eine eventuelle Öffnung der Fußgängerzone hänge beschlussgemäß von der weiteren Nutzung des Löwencenters ab.

Zum ehemaligen Schloßcenter teilt Herr Schmickler mit, dass konkrete Anfragen zu einer Einzelhandelsnutzung vorliegen.

Anfragen zum Progymnasium bittet Herr Schmickler zuständigkeitshalber an den Fachbereich 4 (Schule/Kultur) zu richten.

Herr Neu kritisiert, dass unter TOP 15 ein Bürgerantrag relativ zeitnah bearbeitet wurde, während eine Vielzahl von noch offenen Punkten aus dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden, die an den Planungsausschuss überwiesen wurden, noch nicht beschieden seien.

Herr Löhlein verweist auf eine entsprechende Begründung in einer Vorlage aus der letzten Sitzung

des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden und bittet um Geduld, da für die meisten noch zu entscheidenden Anträge noch Vorarbeiten (Baulandpotentialanalyse und andere Konzepte) erforderlich seien.

Auf Anfrage von Herrn Waldschmidt erklärt Herr Schmickler, dass die aufgrund der finanziellen Zwänge erforderlichen Planänderungen der Regionale 2010 eng mit der Regionale-Agentur abgestimmt werden und man davon ausgehen könne, dass der der Förderung zugrunde liegende „A-Stempel“ des Landes erhalten bleibe.

Herr Sprenger schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:03 Uhr.

Sprenger
Vorsitzender

Assmann
Schriftführer